

ZU WASG UND PDS

Wer mehrfach lügt...

Der Volksmund weiß zu berichten: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht. Was ist aber, wenn es nicht bei einem Mal bleibt?

Spitzenpolitiker der SPD haben in schöner Regelmäßigkeit vor Wahlen die Menschen eingulldt, man werde schon nicht mit diesen oder jenen zusammen gehen und es dann umso dreister doch getan. Vor 20 Jahren war es bereits SPD-Ministerpräsident Holger

1999 erklärte wiederum Walter Momper den Berlinern: „Eine Koalition oder Kooperation mit der PDS kommt nicht in Frage.“ Und der ehemalige SPD-Landesvorsitzende Peter Strieder stand dem in nichts nach: Auf die Frage des Deutschlandfunks am 6. Juni 2001, ob er eine Koalition mit der PDS plane, sagte er: „Das haben wir im Moment überhaupt nicht in unserem Kalkül.“ Lug und Trug, wie wir nur Wochen

darauf erfahren mussten. Und jetzt setzen sich die aus dem Geschlecht der Münchhausen wieder auf die Kanonenkugel und verpulvern Worthülsen über Worthülsen. Was bleibt ist Pulverdampf, der vernebeln soll, uns aber bald schmerzlich die Augen brennen lassen wird. Niemals mit der

Linkspartei im Bund, heißt es. Wir ahnen. Wir sollen wieder gelinkt werden. Es bleibt also zu hoffen, dass ein anderes, abgewandeltes Sprichwort zutrifft, das da lautet: „Volksmund tut Wahrheit kund“. Möge den hypnoseartigen Beteuerungen der SPD nicht geglaubt werden und die Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass es an der Zeit ist, nach dem Wort zu verfahren: Wer mehrfach lügt, dem glaubt man nicht!

P.S.: Das derzeitige Schauspiel in Berlin ist dagegen durchsichtig. Hier inszeniert Klaus Wowereit mit Hinterlist die Vorbereitung der deutschen Sozialdemokratie auf eine Linksaußen-Koalition mit der SED-PDS-WASG-Liste-etc., um sich seine Regierungsmehrheit auf Biegen und Brechen zu sichern. Noch ist die Reaktion der Spitze der Bundes-SPD wie immer in diesen Fällen reflexartig ablehnend. Wie lange noch? Also muss es am Ende heißen: Wer mehrfach lügt, den wählt man nicht!



Henkel redet Klartext

Börner, heute Ehrenvorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung, der erklärte, die Auseinandersetzungen mit den Gegnern des Ausbaus des Frankfurter Flughafens hätte man früher auf dem Bau „mit einer Dachlatte“ gelöst. Die hierbei stark vertretene junge Grüne Partei konnte er sich nicht als Koalitionspartner vorstellen, er sei schließlich Nassrasierer und wolle sich noch morgens im Spiegel anschauen können. 1985 schmiedete er schließlich die Koalition mit eben diesen Grünen - die erste rot-grüne überhaupt, mit Joschka Fischer als Umweltminister. In Berlin nicht anders. Walter Momper, 1989 Regierender Kurzzeit-Bürgermeister, schloss auch hier Rot-Grün vehement aus, um postwendend dennoch zu koalieren. „Es wird absolut keine politische Zusammenarbeit, schon gar keine Koalitionen zwischen SPD und PDS geben! Das gilt für alle Ebenen“, sagte Wolfgang Thierse in der Bild-Zeitung im Dezember 1993. Am 24. Januar

Berliner Positionen

Fortsetzung von Seite 1

Um die hohe Arbeitslosigkeit, die die Hauptstadt besonders hart treffe, zu senken, so Schmitt, gehöre auch eine effektivere Bekämpfung der Schwarzarbeit zu den notwendigen Maßnahmen, wie etwa eine bessere Zusammenarbeit zwischen Landes- und Bundesbehörden. Arbeit und Wirtschaft, hätten aber auch nur da eine Chance, wo die Verkehrs- und Wirtschaftsflüsse funktionierten, stellte Ingo Schmitt fest. Als wichtigstes Zukunfts- und Infrastrukturprojekt nannte er den Flughafen Berlin-Brandenburg, wobei er auch den Erhalt des City-Airports Tempelhof bei einer deutlich verstärkten Nutzung durch den Bund als Ziele sehe. Das zwischen Bahn und Berlin vereinbarte dezentrale Bahnhofskonzept (einschl. Bahnhof Zoo und Ost-Bahnhof) bleibt für die Union weiterhin Grundlage des Schienenverkehrs.

„Mit der Union in der Bundesregierung“, so Schmitt, „wird es keine Freigabe von Drogen geben, wie es jetzt von ganz Links gefordert wird.“ Die Union stehe für einen klaren Schutz der Bürger und ihrer Werte, dass heiße unter anderem auch, dass die Verschandelung Berlins durch Graffiti eindeutig nicht Kunst, sondern Straftat sei.

An die Europäische Union gerichtet, erwarten die Berliner CDU-Politiker von einer unionsgeführten Regierung,

dass diese sich für eine Fortsetzung der Förderung in den neuen Bundesländern und Berlin einsetze. Darüber hinaus, so stellt Ingo Schmitt heraus, solle ein Metropolenprogramm aufgelegt werden, um etwa die Hauptstädte der EU bei der Beseitigung von strukturellen Defiziten zu unterstützen.

Im kulturellen Bereich gilt es, worauf besonders die Spitzenkandidatin der Berliner Union, Monika Grütters, hinweist, darzustellen, dass Berlin als Hauptstadt Teil der gesamtstaatlichen Repräsentation ist und daher eine privilegierte Förderung der kulturellen Institutionen durch den Staat verdient. Die



Eckpunkte der Berliner Union lauten: Mehr gesamtstaatliche Verantwortung durch ein nationales Gedenkstättenkonzept, ein überregionales Finanzierungskonzept

für historische Einrichtungen in Berlin, Wiederaufbau des Stadtschlusses mit historischer Fassade, wobei der Bund die Verzögerungstaktik des rot-roten Senats beenden helfen soll, und die Übernahme von Einrichtungen wie der Staatsoper und dem Schauspielhaus durch den Bund. Die Einrichtung einer Stiftungsuniversität in Kooperation mit den außeruniversitären Forschungsinstituten sollen darüber hinaus geprüft werden.

„Berlin ist auch im demographischen Sinne eine Stadt im Wandel“, stellt Ingo Schmitt fest. „Dabei gilt es nicht nur die Erfahrungen und das Wissen der Älteren wieder

mehr in das Arbeitsleben und die Gesellschaft einzubringen, sondern auch durch eine stabile Rentenpolitik der älteren Generation die Ängste vor einer Gefahr des sozialen Abstiegs und drohender Altersarmut zu nehmen.“ Als konkreten Ansatz fordert die Berliner Union die Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit von Senioren, z.B. durch steuerliche Abzugsfähigkeit von ehrenamtlichen Engagement sowie durch die Verbesserung der Anerkennungskultur des Ehrenamtes, zu fördern.

Kauder: Schröder täuscht die Wähler



Volker Kauder, Generalsekretär

Der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Volker Kauder, warf Bundeskanzler

Schröder vor, bei der Arbeitslosigkeit bewusst mit falschen Zahlen zu agieren und die Wähler zu täuschen.

In einem ARD-Sommerinterview behauptete Schröder, dass Deutschland die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa habe. Tatsache ist: Deutschland steht

bei der Jugendarbeitslosigkeit nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union lediglich an siebter Stelle. In insgesamt sechs europäischen Ländern sind weniger Jugendliche arbeitslos als bei uns. Dies war bereits das zweite Mal innerhalb weniger Tage, dass Schröder beim Thema Arbeitslosigkeit mit falschen Zahlen agiert. Offenbar versucht der Kanzler, mit bewusster Bilanzfälschung sein komplettes Versagen zu übertünchen. Seine Aussage, die Arbeitslosigkeit sei heute niedriger

als 1998, war bereits eine bewusste Irreführung der Wähler. Jetzt versucht er auch noch, sein Versagen bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit schönzureden. Dieser Kanzler hat es in der Tat nicht verdient, wieder gewählt zu werden. Die Leidtragenden dieser verlogenen Politik sind die fünf Millionen Arbeitslosen in Deutschland. Nach einer Regierungsübernahme die CDU alles dafür tun, dass auch Jugendliche in diesem Land wieder eine Chance erhalten.